
Vorsitz: Griechenland**600. PLENARSITZUNG DES FORUMS**1. Datum: Mittwoch, 20. Januar 2010

Beginn: 11.05 Uhr

Schluss: 12.55 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin M. Marinaki3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ERÖFFNUNGSERKLÄRUNG DES
GRIECHISCHEN VORSITZES DES FSK:
REDE VON S.E. PANOS BEGLITIS,
STELLVERTRETENDER MINISTER FÜR
LANDESVERTEIDIGUNG GRIECHENLANDS

Vorsitz, Stellvertretender Minister für Landesverteidigung Griechenlands (FSC.DEL/1/10), Spanien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Armenien, Georgien, Moldau und der Ukraine) (FSC.DEL/5/10), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 1), Kasachstan (FSC.DEL/6/10), Vereinigtes Königreich, Russische Föderation, Ungarn, Irland

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

(a) *Projekt zur Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen in Serbien:*
Serbien (Anhang 2)

(b) *Vorschlag für einen Beschlussentwurf über Konfliktverhütung und Krisenmanagement im OSZE-Raum (FSC-PC.DEL/1/10/Corr.1):* Russische Föderation (Anhang 3)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Ratifizierung des Übereinkommens über Streumunition:* Belgien (Anhang 4)
- (b) *Unterstützung der Ukraine bei ihrem Projekt zur Verminderung der Gefahren, die von explosiven Kampfmittelrückständen ausgehen:* Vereinigte Staaten von Amerika, Ukraine
- (c) *Aktueller Stand der Projekte betreffend Lagerbestände konventioneller Munition:* FSK-Koordinator für Projekte betreffend Lagerbestände konventioneller Munition (Dänemark) (FSC.DEL/4/10 Restr.)
- (d) *Aktueller Stand der Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen:* FSK-Koordinator für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen (Vereinigtes Königreich) (FSC.DEL/7/10 Restr.)
- (e) *Erörterung eines Vorschlags für einen europäischen Sicherheitsvertrag:* Russische Föderation, Vorsitz
- (f) *Organisatorische Angelegenheiten:* Vertreter des Konfliktverhütungszentrums
- (g) *Protokollarische Angelegenheiten:* Schweden, Vorsitz

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 27. Januar 2010, 10.00 Uhr im Neuen Saal



600. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 606, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Guten Morgen, Frau Vorsitzende.

Im Namen der Vereinigten Staaten beglückwünsche ich Griechenland zu seiner Übernahme des FSK-Vorsitzes und heiße Sie als Vorsitzende willkommen. Da Griechenland den OSZE-Vorsitz im vergangenen Jahr mit so großer Professionalität geführt hat, kann kein Zweifel daran bestehen, dass wir uns in besten Händen befinden. Wie immer freuen sich die Vereinigten Staaten auf die Zusammenarbeit mit allen ihren FSK-Kollegen, um unseren gemeinsamen Zielen, der Förderung von Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum, näherzukommen.

Wir möchten auch seiner Exzellenz, Minister Beglitis, danken, dass er uns seine Vorstellungen von der künftigen Arbeit des Forums vermittelt hat, und freuen uns darauf, die Arbeit zu seinem und unserem Erfolg zu machen.

Die Vereinigten Staaten sehen im Forum für Sicherheitskooperation nach wie vor ein Gremium von größter Bedeutung für die Weiterentwicklung der politisch-militärischen Dimension der europäischen Sicherheit und sind bereit, sich nun der Arbeit zuzuwenden, die uns 2010 erwartet.

Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen im FSK,

die Vereinigten Staaten halten weiterhin fest an einem umfassenden Ansatz für die Sicherheit in Europa, der die politisch-militärische, Wirtschafts- und Umwelt- sowie die menschliche Dimension einschließt. Angesichts der Dynamik und der sich wandelnden europäischen Sicherheit, insbesondere im Zusammenhang mit dem laufenden Korfu-Prozess, müssen wir sicherstellen, dass das FSK ein Schlüsselgremium für unsere Bemühungen zur Stärkung unseres politisch-militärischen Instrumentariums zur Bewältigung der Herausforderungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts bleibt.

In Athen merkte der stellvertretende Außenminister Steinberg an, dass die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen des Wiener Dokuments äußerst erfolgreich umgesetzt werden und dass wir uns auf die Diskussion darüber freuen, wie man dieses Instrument wirksamer gestalten kann. Mit Interesse sehen wir den Vorschlägen unserer Partner zur Stärkung der Stabilität und Sicherheit und zur Erhöhung der Transparenz und Verstärkung

der Zusammenarbeit und des Vertrauens im OSZE-Raum entgegen. Durch unsere Arbeit im Rahmen des Korfu-Prozesses erhalten unsere Überlegungen eine zusätzliche Dimension, da wir sorgfältig abwägen, wie neue Ideen unsere Arbeit an der europäischen Sicherheit ganz allgemein unterstützen können. Was wir tun, muss von einer soliden Kenntnis des breiteren Zusammenhangs getragen sein, in dem wir uns bewegen.

Die Aushandlung und Umsetzung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen sind das tägliche Brot dieses Gremiums, und wir sehen, dass schon eine Reihe von Vorschlägen zur Behandlung durch das Forum anstehen. Wir werden eine eingehende Bewertung aller dieser Vorschläge vornehmen. Darüber hinaus möchten wir unsere Bemühungen um die weitere Intensivierung des Sicherheitsdialogs fortsetzen, um besser auf die zentralen Sicherheitsfragen im OSZE-Raum einzugehen, und wir wollen Möglichkeiten zur Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit ausloten. Ferner hoffen wir, an die Dynamik der letzten Sitzungsperiode in Bezug auf Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen anknüpfen zu können. Wir gehen davon aus, dass diese Erörterungen in den kommenden Monaten einen produktiven Verlauf nehmen werden.

Die Vereinigten Staaten wünschen dem neuen Vorsitz Erfolg und versichern unsere FSK-Partner unserer Zusammenarbeit und unserer Unterstützung in der bevorstehenden Sitzungsperiode.

Frau Vorsitzende, ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.



600. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 606, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SERBIENS**

Frau Vorsitzende,

die Republik Serbien beehrt sich, Sie davon zu unterrichten, was im Jahr 2009 im Zusammenhang mit dem Projekt zur Vernichtung von SALW geleistet wurde.

Das Projekt wurde im Einklang mit dem zwischen dem Innenministerium der Republik Serbien und UNDP vereinbarten Memorandum of Understanding, im Sinne des OSZE-Dokuments, der OSZE-Beschlüsse und des SALW-Aktionsprogramms der Vereinten Nationen durchgeführt. Das Königreich Norwegen stellte die finanzielle Unterstützung bereit.

Im Einklang mit dem Umsetzungsplan wurden 27.000 Stück Kleinwaffen und leichte Waffen vernichtet.

Ein Teil der Waffen stammte aus überschüssigen Beständen des Innenministeriums, die übrigen Waffen wurden bei Kriminellen beschlagnahmt oder von Bürgern freiwillig abgegeben.

Die Zerstörung erfolgte am 3. Oktober und 21. November 2009 im Wiederverwertungszentrum in Zeleznik, wofür die ökologisch und ökonomisch verträglichste Zerstörungstechnik des Pressens eingesetzt wurde.

Im Folgenden ist die Liste der zerstörten SALW, geordnet nach Typen, aufgeführt:

–	automatische und halbautomatische Gewehre	7.670 Stück
–	Karabiner und kleinkalibrige Gewehre	3.279 Stück
–	Jagdgewehre	2.556 Stück
–	Pistolen und Revolver	7.722 Stück
–	Luftgewehre und Gewehre	5.311 Stück
–	Nebelwurfanlagen	rund ein Dutzend

– leichte Waffen 450 Stück

Die Republik Serbien beabsichtigt, den SALW-Reduzierungsprozess im Einklang mit den Standards von UNO und OSZE fortzuführen und so das Sicherheitsniveau für ihre eigene Bevölkerung zu verbessern und zur Sicherheit in der Region beizutragen.

Die Republik Serbien möchte bei dieser Gelegenheit dem Königreich Norwegen für dessen finanzielle Unterstützung und den an diesem Projekt beteiligten UNDP-Mitarbeitern ihren Dank aussprechen.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende.



600. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 606, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Gestern verteilten die Ständige Mission Russlands bei der OSZE und die Delegation der Russischen Föderation für militärische Sicherheit und Rüstungskontrolle gemeinsam einen Beschlussentwurf über Konfliktverhütung und Krisenmanagement im OSZE-Raum. Dieser Text ist vielen Delegationen bereits bekannt. Er wurde erstmals am 16. November letzten Jahres im Form eines Entwurfs zu einem Ministerratsbeschluss für das Treffen des OSZE-Ministerrats in Athen präsentiert, jedoch noch nicht in allen Einzelheiten diskutiert. Wir haben nun beschlossen, ihn erneut als einen Entwurf zu einem gemeinsamen Beschluss des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) vorzulegen, da die Frage von Konflikten in den Zuständigkeitsbereich beider Beschlussfassungsorgane unserer Organisation fällt. Wir gehen davon aus, dass dieses Dokument parallel sowohl im Ständigen Rat als auch im Forum erörtert werden wird. Wenn ein Konsens erreicht werden kann, könnte der Entwurf dann gemäß Abschnitt II (B) Absatz 9 der Geschäftsordnung der OSZE auf einer gemeinsamen Sitzung verabschiedet werden.

Soweit zu den Verfahrensaspekten. Nun zu inhaltlichen Fragen:

Wir betrachten den Entwurf als einen Beitrag zur beginnenden Arbeit in der Frage der Stärkung des Potenzials der OSZE für den Umgang mit Krisen gemäß den Athener Dokumenten über die Entwicklung des Korfu-Prozesses und gemäß Ministerratsbeschluss Nr. 16/09 über die Arbeit des FSK im Jahr 2010. Ziel dieses Entwurfs ist die Vereinbarung einheitlicher Prinzipien zur Verhütung und Lösung von Krisensituationen, die – wie wir nachdrücklich betonen – auf alle Konflikte in unserer Region gleichermaßen anzuwenden wären.

Die Ereignisse vom August 2008 haben einmal mehr bewiesen, dass der Stand der Dinge in diesem Bereich keineswegs zufriedenstellend ist. Die in unserer Organisation vereinbarten einschlägigen Verfahren und Mechanismen sind alles andere als perfekt und noch nicht geeignet, mehr oder weniger verlässlich zu gewährleisten, dass Ereignisse nicht eine gefährliche Entwicklung nehmen. Sehr oft sind subjektive Faktoren, das politische Umfeld sowie politische Sympathien und Antipathien diesbezüglich von außerordentlich großer Bedeutung. All das macht die Situation wenig berechenbar und führt gelegentlich zu einer Politik des zweierlei Maß. Mit dem russischen Vorschlag sollen klarere, verständlichere und wirkungsvollere Regeln für das Verhalten der Staaten in Krisensituationen festgelegt werden.

Die Schlüsselfrage scheint hier zu sein, ob es grundsätzlich möglich ist, sich auf derartige einheitliche Regeln zu einigen. Denn, wie einige unserer Partner richtig feststellten, ist jeder Konflikt auf seine Art einzigartig. Es gibt keine weltweit gültigen oder bis ins kleinste Detail gehende Richtlinien für ihre Lösung, es kann sie auch nicht geben. In jedem einzelnen Fall müssen spezifische örtliche Faktoren weitestgehend berücksichtigt werden. Das alles ist sicherlich richtig. Dennoch hat die Erfahrung der letzten Jahrzehnte deutlich gemacht, dass es trotz örtlicher Besonderheiten eine Reihe grundlegender Prinzipien gibt, die in allen Krisensituationen gleichermaßen gelten können und sollten, wenn wir ernsthaft um eine Lösung bemüht sind. Das typischste Beispiel ist der Grundsatz, der bereits in vielen Grundlegendokumenten der Vereinten Nationen und der OSZE verankert ist, nämlich der Verzicht auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt. Wie die tragischen Ereignisse in unserer Region in jüngster Zeit einmal mehr bestätigt haben, kann die Missachtung dieses Grundsatzes katastrophale Folgen haben. Es gibt allerdings auch eine ganze Reihe von grundsätzlichen Überlegungen, die für jeden Konflikt, gleichgültig wo er stattfindet und was seine Ursachen sind, gelten, die Art der Beziehungen zwischen den Konfliktparteien, die Rolle internationaler Vermittler und andere, ähnliche Faktoren. Wir haben versucht, diese Prinzipien zusammenzufassen, wenn Sie so wollen, sie zu kodifizieren und zu Papier zu bringen. Wir haben keinesfalls den Anspruch, dass es sich dabei um eine vollständige Liste handelt. Wir geben gerne zu, dass unser Entwurf nicht alles erfasst und dass nach entsprechenden Erörterungen einige der darin enthaltenen Bestimmungen vielleicht anders formuliert werden könnten. Wir sind davon überzeugt, dass allein die Erörterung dieses Problems uns allen helfen wird, eine bessere Vorstellung davon zu erhalten, wie wir die OSZE in ihrer Fähigkeit zum Umgang mit Krisen stärken können, und dass eine Verständigung über einheitliche Prinzipien eine solidere und verlässlichere Grundlage für Bemühungen in diesem Bereich bilden werden.

Kurz gesagt, wir sind offen für eine engagierte und inhaltliche Diskussion, die, wie von uns vorgeschlagen, in zwei Wochen in der Arbeitsgruppe B beginnen sollte.

Ich ersuche Sie, Frau Vorsitzende, den russischen Entwurf in die Tagesordnung der betreffenden Sitzung aufzunehmen.



600. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 606, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION BELGIENS**

Danke, Frau Vorsitzende.

Am 22. Dezember 2009 hinterlegte Belgien die Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen über Streumunition bei den Vereinten Nationen in New York. Dieser völkerrechtliche Vertrag wurde vor einem Jahr in Oslo von einhundert Ländern unterzeichnet. Mit der Ratifikation durch Belgien ist wieder ein Schritt in Richtung des Inkrafttretens dieses Vertrags getan. Belgien ist der 26. Vertragsstaat, und es sind 30 Ratifikationen erforderlich.

Belgien scheut keine Mühen, um ein weltweites Verbot zu erreichen. Wie der belgische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Steven Vanackere, betonte: „Unser Eintreten für das Verbot von Streumunition ist Teil umfassenderer Bemühungen zur Förderung der internationalen Sicherheit im menschlichen Maßstab, unter Achtung der Würde des Einzelnen. Militärische Konflikte sind nicht nur eine Sache der Staaten oder Regime, die souverän entscheiden, welche Ressourcen sie einsetzen. Wir müssen auch die Verantwortung übernehmen und an die Zivilbevölkerung in den Konfliktgebieten denken. Diese muss so weit wie irgend möglich geschützt werden, und das gilt ganz gewiss für die verletzlichsten Gruppen der Bevölkerung, wie etwa Kinder. Deshalb möchten wir die Grundlage des humanitären Rechts ausweiten und mithelfen, dass der Einsatz von Waffen, die unverhältnismäßig großes Leid verursachen, verhindert wird. Wie im Fall von Antipersonenminen gibt es Typen von Streumunition, die in Konfliktgebieten lange nach Beendigung der Kampfhandlungen eine Spur der Zerstörung hinterlassen. Daher behindern sie auch massiv die Wiederaufnahme des sozialen und wirtschaftlichen Lebens.“

Belgien möchte diese Gelegenheit benützen, um den Teilnehmerstaaten, die das Übereinkommen von Oslo noch nicht unterzeichnet und ratifiziert haben, dieses nahezu legen. Belgien ist dieser Abrüstungsvertrag äußerst wichtig und ruft daher zu einer breiten Beteiligung an der ersten Konferenz der Vertragsstaaten auf, die nach Inkrafttreten des Übereinkommens in Laos stattfinden wird.

Danke, Frau Vorsitzende.

Frau Vorsitzende,

ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.